

E-Mail-Newsletter

02.03.2010

Liebe Mitglieder und Interessierte,

der erste E-Mail-Newsletter des Monats März beschäftigt sich mit den folgenden Themen:

1. Plenumssitzung und Tagung am 13. März 2010

Das Programm steht fest. Wir bitten Sie um Ihre Anmeldung.

2. Bericht der Härtefallkommission

Die Härtefallkommission hat ihren Bericht über das vergangene Jahr veröffentlicht: Seit Aufnahme ihrer Arbeit hat das Gremium demnach 1000 Anträge geprüft.

3. Aus den lokalen Save Me Kampagnen

Was gibt's Neues von "Save Me" in Baden-Württemberg?

4. Essenspaketeboykott in bayerischen Flüchtlingslagern

Seit über einem Monat wird in zwei Lagern im Landkreis Passau von den Flüchtlingen die Annahme der Essenspakete verweigert. Die Aktion hat sich nun ausgeweitet: Seit einigen Tagen wird auch im Landkreis Straubing-Bogen nicht mehr gegessen, was geliefert wird.

5. Statistik I: Zahlen in Deutschland lebender Flüchtlinge

Zunahme der Asylantragszahlen bei gleichzeitig sinkender Schutzquote. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Partei "Die Linke" hervor.

6. Statistik II: Zahl der Abschiebungen im Jahr 2009

Im Jahr 2009 hat es über 7.800 Abschiebungen aus Deutschland gegeben, so die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine weitere Anfrage der Partei "Die Linke".

7. Abschiebungsbeobachtung am Flughafen Frankfurt

In dem am 9. Februar vorgestellten Bericht wird der Polizei ein gutes Zeugnis ausgestellt: Kein einziger Fall von unverhältnismäßiger Gewalt durch die Vollzugsbeamten war zu beobachten.

8. UNHCR zu "Resettlement"

Das Papier war zunächst nur in englischer Sprache erschienen und liegt seit Ende Januar auch in einer deutschen Übersetzung vor.

9. Erteilung einer Niederlassungserlaubnis, obwohl Ausweisungsgründe vorliegen

Urteil des VGH BaWü vom Juli 2009: Der Kläger, der mit einer Deutschen seit 1999 verheiratet ist und mit dieser nach wie vor in ehelicher Gemeinschaft zusammen lebt, ist nur für 400 Euro geringfügig beschäftigt und hat drei Vorstrafen, die Ehefrau verdient netto 2.500 Euro. Das Verwaltungsgericht hat der Klage auf Erteilung einer Niederlassungserlaubnis stattgegeben.

10. BAMF hebt Entscheidungsstopp für Syrien auf

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat den Entscheidungsstopp für Asylanträge von Flüchtlingen aus Syrien aufgehoben.

11. Dublin-Verfahren: Tabellarische Übersicht

Auf der Homepage der Kollegen des Niedersächsischen Flüchtlingsrates ist eine tabellarische Übersicht über das Dublin-Verfahren eingestellt, das die Zuständigkeitsfragen vergleichsweise übersichtlich erläutert.

12. E-Mail-Aktion: Verantwortung übernehmen - Flüchtlinge aufnehmen!

Mit dieser E-Mail-Aktion wird der Bundesinnenminister aufgefordert, wieder Irakflüchtlinge aufzunehmen und ein dauerhaftes Aufnahmeprogramm für Flüchtlinge einzurichten.

13. Stellenangebot für Sozialpäd./Sozarb. bei AJUMI Karlsruhe

14. Termine

Mit herzlichem Gruß

Reiner Klass

1. Plenumssitzung und Tagung am 13. März 2010

Am 13. März findet das erste Plenum des Flüchtlingsrates Baden-Württemberg in Stuttgart, Friedensgemeindehaus, Schubartstraße 14, statt. Im Anschluss an die verschiedenen Berichte von Vorstand und Geschäftsstelle wird uns Andreas Linder über die Passagen des Stockholmer Programms, die die Flüchtlingsarbeit tangieren, informieren. Abgerundet wird das Programm durch drei Arbeitsgruppen zu den Themen Unterbringung von Flüchtlingen, Situation der Roma aus dem Kosovo in Deutschland und Resettlement.

Bitte melden Sie sich möglichst bald zu dieser Veranstaltung an! [Programm und Anmeldung.](#)

2. Tätigkeitsbericht der Härtefallkommission

Vor einigen Tagen hat die Härtefallkommission ihren Tätigkeitsbericht für das vergangene Jahr veröffentlicht. Demnach sind dort im Jahr 2009 noch 97 Eingaben eingegangen, die 215 Personen betroffen haben. 73 dieser Eingaben (162 Personen) hat das Gremium abschließend geprüft und 43 Mal ein Härtefallersuchen an das Innenministerium gestellt. Der Innenminister hat im Jahr 2009 in 40 Fällen (83 Personen) den Ersuchen entsprochen; die restlichen drei Eingaben waren Ende 2009 noch nicht abschließend geprüft. Letztendlich waren damit im vergangenen Jahr 58 % der Eingaben, mit denen sich die Härtefallkommission befasst hat bzw. 44 % aller Eingaben insgesamt erfolgreich. Anders als in den beiden Vorjahren hat der Innenminister außerdem allen Ersuchen der Kommission zugestimmt. Bedingt durch zurückgehende Asyloberflüsse bis 2007 und die Verlängerung der gesetzlichen Altfallregelung um zwei Jahre ist die Zahl der Eingaben im vergangenen Jahr erneut gesunken. Allerdings prophezeien die AutorInnen ab Ende 2011 einen erneuten Anstieg von Härtefalleingaben, falls die derzeitige Interimsregelung nicht abschließend gelöst wird. Sie appellieren an den Gesetzgeber, eine dauerhafte Lösung für "Altfälle" zu finden.

[Zum Tätigkeitsbericht der Härtefallkommission.](#)

3. Aus den lokalen Save Me Kampagnen

Reutlingen - News vom 19.02.2010

Wechsel in der Ev. Kontaktstelle für Asylarbeit: Susanne Haag wird Nachfolgerin von Ines Fischer

"Wir möchten, dass die Stadt Reutlingen auch weiterhin ihr Augenmerk auf den Flüchtlingsschutz richtet und die Anliegen von Flüchtlingen - und ihre massiven Einschränkungen an gesellschaftlicher Teilhabe kommuniziert und verbessert werden. Mit der Aufnahme von 2500 Irak-Flüchtlingen im vergangenen Jahr in ganz Deutschland ist ein kleiner Anfang geschehen. Für diejenigen, die im Rahmen eines Kontingentes nach Deutschland kommen durften, ein großer Schritt. Für uns aber genauso ein Anfang, dem weitere Schritte folgen müssen. Denn das Sterben an den EU Außengrenzen dauert an, ein legaler Zugang nach Europa wird immer schwieriger. Wir haben im Rahmen der SAVE ME Kampagne gute Erfahrungen bei der

Vermittlung dieser Themen gemacht, darum geht es weiter und wir freuen uns auch weiterhin über Ihr Interesse.

Eine personelle Veränderung im Kampagnenteam wollen wir Ihnen an dieser Stelle auch noch mitteilen, vielleicht haben Sie es ja schon gehört: Bis 28. 2. wird das Asylpfarramt noch von Ines Fischer besetzt sein, danach übernimmt Susanne Haag, ebenfalls Pfarrerin z. A. den Stab. Es ist ein gutes Zeichen, dass diese befristete Stelle erneut besetzt wird, zeigt es doch, dass die Situation von Flüchtlingen auch weiterhin ein Thema von Kirche und Gesellschaft in Reutlingen sein soll!!

Als Asylpfarrerin möchte ich mich darum von Ihnen als Patinnen und Paten und UnterstützerInnengruppen verabschieden und Ihnen an dieser Stelle meinen Respekt für Ihr Engagement in den ganz unterschiedlichen Bereichen ausdrücken. Ohne Sie wäre SAVE ME nicht möglich gewesen. Dankedafür !!! Ich wünsche Ihnen, dass Sie weitermachen und dranbleiben können, im Rahmen Ihrer Möglichkeiten und unterstützt von dem SAVE ME Team, das die Arbeit weiter trägt.

Alles Gute Ihnen, Ihre Ines Fischer"

Karlsruhe und Waiblingen

Als siebte und achte Stadt in Baden-Württemberg mit im Boot

Neu dabei unter den baden-württembergischen "Save Me"-Städten sind Karlsruhe und Waiblingen. Erstes Ziel der Karlsruher Initiative ist ein Stadtratsbeschluss für die Aufnahme von Flüchtlingen in Karlsruhe. Bereits am heutigen Dienstag wird in den Stadtrat ein entsprechender interfraktioneller Antrag eingebracht ("[Save Me - Aufnahme von Flüchtlingen in Karlsruhe](#)").

Weitere Infos und Links zu den beteiligten Städten in Baden-Württemberg: www.save-me-kampagne.de

4. Essenspaketeboykott in bayerischen Flüchtlingslagern

Der Protest von niederbayerischen Asylbewerbern weitete sich aus. Vor einem Monat waren die Asylbewerber im Landkreis Passau in den Hungerstreik getreten. Nun boykottieren die Bewohner der Gemeinschaftsunterkunft Bogen die Annahme von Essenspaketen.

Wie der bayerische Flüchtlingsrat am Donnerstag mitteilte, nehmen Flüchtlinge, die in Bogen untergebracht sind, seit vergangenen Dienstag keine Essenspakete mehr an. Sie wollen sich damit mit den Flüchtlingen in den Lagern Hauzenberg und Breitenberg (beide Landkreis Passau) solidarisieren, die im Januar mit einem Hungerstreik begonnen hatten, um für bessere Lebensbedingungen in den Unterkünften zu kämpfen. Der bayerische Innenminister denkt allerdings bislang nicht daran, auf die Forderungen der Flüchtlinge einzugehen.

Weitere Infos: www.fluechtlingsrat-bayern.de - Neueste Meldungen.

5. Statistik I: Zahlen in Deutschland lebender Flüchtlinge

Im vergangenen Jahr hat es nach Angaben der Bundesregierung in Deutschland mehr als 7.800 Abschiebungen gegeben. Auf dem Luftweg seien insgesamt 7.289 Abschiebungen erfolgt, schreibt die Regierung in ihrer Antwort ([17/644](#)) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke ([17/459](#)). 536 Abschiebungen wurden demnach auf dem Landweg vollzogen und 5 Abschiebungen auf dem Seeweg nach Schweden.

Zu so genannten Zurückschiebungen kam es 2009 laut Antwort auf dem Luftweg in 4.981 Fällen, an den Landgrenzen in 4.740 Fällen und an den Seegrenzen in 61 Fällen. Zurückgewiesen wurden den Angaben zufolge an den Seegrenzen 59 Menschen, an den Landgrenzen 311 und auf dem Luftweg 2.935.

Wie aus der Antwort weiter hervorgeht, scheiterten 2009 insgesamt 164 Rückführungen auf dem Luftweg aufgrund von Widerstandshandlungen und 41 aus medizinischen Gründen. 58 Rückführungen auf dem Luftweg scheiterten der Vorlage zufolge an der Weigerung der Fluggesellschaft oder des Piloten, die betreffende Person zu transportieren. 17 Abschiebungen scheiterten laut Bundesregierung an der Weigerung der Zielstaaten, Abzuschiebende aufzunehmen.

Pro Asyl hat die Asylstatistik [am 21.01. in einer Presseerklärung](#) kommentiert und darin die sinkende

Gesamtzuschutzquote sowie die zunehmende Zahl der Widerrufe bei Flüchtlingen aus dem Irak kritisiert. Iraker bräuchten weiterhin Schutz, da die Situation im Land nach wie vor katastrophal sei.

6. Statistik II: Zahl der Abschiebungen im Jahr 2009

Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Linken im Bundestag:
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/006/1700644.pdf>

Im Jahr 2009 gab es 7.289 Abschiebungen (inkl. Dublin-Überstellungen) auf dem Luftweg aus Deutschland, davon 2.789 "begleitet". 1498 dieser Begleitungen fanden durch die Bundespolizei oder Länderpolizei statt, 833 durch Sicherheitspersonal der Fluggesellschaften, 294 durch Sicherheitskräfte des Zielstaates (Algerien, Serbien und Montenegro)

Die Statistik scheint etwas ungenau zu sein, da die Summe der Angaben nicht mit der Gesamtsumme übereinstimmt (selbst wenn man die 150 Frontex-Abschiebungen noch dazurechnet ergibt sich eine Gesamtsumme von 2.775).

Zusätzlich gab es an deutschen Flughäfen noch 4.981 Zurückschiebungen (= gar nicht erst einreisen lassen). Weitere 5.051 Personen wurden an den Landgrenzen abgewiesen, 120 an den Seegrenzen.

150 Personen wurden mit Frontex-Sammelchartern abgeschoben, Deutschland beteiligte sich an insgesamt 13 Frontex-Sammelchartern.

263 Abschiebungen scheiterten, 164 am Widerstand der Betroffenen, 41 wurden aus medizinischen Gründen abgebrochen und in 58 Fällen weigerte sich der Pilot, die Betroffenen mitzunehmen.

(Zahlen zusammengestellt von Timmo Scherenberg, Hessischer Flüchtlingsrat: Eine genaue Auswertung der Daten der Antwort der Bundesregierung finden Sie unter)

7. Abschiebungsbeobachtung am Flughafen Frankfurt

Exakt 3729 Abschiebungen hat die Bundespolizei 2008 am Frankfurter Flughafen vollzogen. Meistens verläuft dieser Akt unproblematisch, hieß es am Dienstag in Frankfurt bei der Präsentation des Jahresberichts des Forum Abschiebebeobachtung am Flughafen Frankfurt. Die Bundespolizei habe keine unverhältnismäßige Gewalt angewandt. Und doch sei die Kontrolle unter menschenrechtlichen Aspekten wichtig.

Fehler bei der Anwendung von Gesetzen und Verordnungen sowie unverständliche menschliche Härten, verursacht durch Ausländerbehörden beziehungsweise durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sowie durch die Transportkräfte. Und viel menschliches Leid. Aber keine Anwendung unverhältnismäßiger Gewalt durch die Bundespolizei - so fällt die Jahresbilanz der Abschiebungsbeobachterinnen Sabine Mock und Diana Nuñez aus. Die beiden beobachten im Auftrag der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) und des Bistums Limburg Abschiebungen, die über den Flughafen Frankfurt von der Bundespolizei vollzogen werden. Dabei achten sie auf die Einhaltung der Verfahrensvorgaben und die Wahrung der Menschenrechte. Darüber berichten sie dem Forum Abschiebungsbeobachtung, in dem die Kirchen und ihre Wohlfahrtsverbände, die Bundespolizei, Flüchtlings- und Menschenrechtsinitiativen sowie der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) vertreten sind. Ziel des seit vier Jahren laufenden Projektes ist es, behaupteten Verstößen gegen die Verhältnismäßigkeit und Verletzungen humanitärer Ansprüche nachzugehen, Verbesserungen in der Abschiebungspraxis zu erreichen und Transparenz im Gesamtverfahren herzustellen.

Am Dienstag, 9. Februar, stellten die Forumsmitglieder ihre Jahresbilanz im Rahmen einer Pressekonferenz im Frankfurter Haus am Dom vor. Pfarrer Andreas Lipsch, Moderator und Sprecher des Forums Abschiebungsbeobachtung, fasste zusammen, dass alle Beteiligten das Projekt Abschiebungsbeobachtung für wichtig und gelungen halten. Es sollte auch an anderen Flughäfen Nachahmer finden. Lipsch, der zugleich Interkultureller Beauftragter der Evangelischen Kirche und des Diakonischen Werkes in Hessen und Nassau ist, verwies darauf, dass in diesem Jahr die Rückführungsrichtlinie der EU in deutsches Recht umgesetzt werden muss. Darin werde die Einrichtung eines "wirksamen Systems für die Überwachung von Rückführungen" gefordert. Die Abschiebungsbeobachtung, die es europaweit nur in Frankfurt, Düsseldorf und Hamburg gibt, tue genau dies und sei damit ein Modell für andere. Allerdings müsse dafür der gesamte

Rückführungsprozess und nicht nur der Vollzug am Flughafen einbezogen werden. Denn die problematischen Fälle hätten eines gemeinsam: "Sie liegen im Verantwortungsbereich der die Abschiebungen vorbereitenden Behörden und derzuständigen Innenministerien." Deshalb erneuerte Lipsch seine Bitte an das Hessische Innenministerium möglichst bald im Forum konstruktiv mitzuarbeiten.

Info: Der Jahresbericht der Abschiebungsbeobachtung ist noch nicht im Web eingestellt. Auf Wunsch senden wir Ihnen den Bericht als pdf-Datei gerne zu.

8. UNHCR zu "Resettlement"

Im September 2009 hat die EU-Kommission einen Vorschlag zur Einrichtung eines gemeinsamen Neuansiedlungsprogramms vorgelegt. Dieser hat insbesondere zum Ziel, die Resettlementaktivitäten der EU zu verstärken und weitere Mitgliedsländer (wie Deutschland) zur Einrichtung eines kontinuierlichen Programms zu bewegen.

Inzwischen hat der UNHCR zustimmend und mit ergänzenden Vorschlägen darauf reagiert. In dem Papier begrüßt UNHCR den Vorschlag eines gemeinsamen EU Neuansiedlungsprogrammes und hofft, dass es ein verstärktes Engagement der EU beim Resettlement von Flüchtlingen weltweit zur Folge haben wird. UNHCR begrüßt den vorgeschlagenen Mechanismus zur Festlegung von Prioritäten und ersucht die EU eindringlich, ihn als flexibles Werkzeug zur Reaktion auf den künftigen, von UNHCR ermittelten Bedarf an Resettlement und Flüchtlingsschutz einzusetzen.

Resettlement kann, so UNHCR weiter, nur dann eine dauerhafte Lösung sein, wenn zugleich die wirksame Integration neu angesiedelter Flüchtlinge in das soziale, wirtschaftliche und kulturelle Gefüge des Resettlement-Aufnahmestaates gewährleistet ist. Auf diesen Aspekt der Flüchtlingsneuansiedlung sollte bei der Entwicklung der praktischen Zusammenarbeit besonders sorgfältig geachtet werden. Die Einbeziehung von NGOs und ehemals im Rahmen von Resettlement neu angesiedelter Flüchtlinge in die verschiedenen Phasen des Resettlementprozesses ist unerlässlich, um Resettlement effektiver zu machen und größere Unterstützung für die Flüchtlingsneuansiedlung in der Bevölkerung zu finden.

Zum UNHCR-Papier "[Anmerkungen zur Mitteilung der Europäischen Kommission zur Einrichtung eines Gemeinsamen Neuansiedlungsprogramms der EU](#)", Dt. Fassung, Januar 2010

9. Erteilung einer Niederlassungserlaubnis, obwohl Ausweisungsgründe vorliegen

Erläuterung des Urteils von Rechtsanwalt Franz Hoß, Karlsruhe: Der Kläger, der mit einer Deutschen seit 1999 verheiratet ist und mit dieser nach wie vor in ehelicher Gemeinschaft zusammen lebt, ist nur für 400,00 € geringfügig beschäftigt und hat drei Vorstrafen, die Ehefrau verdient netto 2.500,00 €. Das Verwaltungsgericht hat der Klage auf Erteilung einer Niederlassungserlaubnis stattgegeben. Die hiergegen eingelegte Berufung hat der VGH abgewiesen (Az. 11 S 2289/08). Das ausführliche Urteil ist unbedingt lesenswert. Es behandelt in einer verständlichen und gut nachvollziehbar geschriebenen Sprache eine Fülle wichtiger Standardprobleme, die einem in der Praxis immer wieder begegnen.

[Zur Urteilsauswertung.](#)

10. BAMF hebt Entscheidungsstopp für Syrien auf

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat den Entscheidungsstopp für Asylanträge von Flüchtlingen aus Syrien aufgehoben. Asylfolgeanträge mit Bezug auf exilpolitische Aktivitäten sollen aber sorgfältig seitens des BAMF überprüft werden.

11. Dublin-Verfahren: Tabellarische Übersicht

Die Zuständigkeiten nach dem Dublin II-Abkommen sind kompliziert und auch Berater/innen von Flüchtlingen zuweilen nicht immer präsent. Auf der Homepage der Kollegen des Niedersächsischen Flüchtlingsrates ist eine [tabellarische Übersicht über das Dublin-Verfahren](#) eingestellt, das die

Zuständigkeitsfragen übersichtlich erläutert.

Bereits 2008 hatte sich Pro Asyl in einer 56-seitigen Broschüre mit der Thematik ausführlich auseinandergesetzt. "[Flüchtlinge im Verschiebebahnhof EU - die EU-Zuständigkeitsverordnung'Dublin II'](#)". Gerne senden wir Ihnen ein Restexemplar der Broschüre zu.

12. Pro Asyl-E-Mail-Aktion: Verantwortung übernehmen - Flüchtlinge aufnehmen!

In diesen Tagen kommen die letzten von insgesamt 2.500 von Deutschland aufgenommenen Irakflüchtlingen an. So wichtig und gut die Aufnahmeaktion für die Aufgenommenen war - sie bleibt ein Tropfen auf den heißen Stein, wenn weiter nichts geschieht. Hunderttausende Flüchtlinge in der Region fristen weiter ein angstvolles, schutzloses Dasein ohne Perspektive. Staaten wie Syrien, Jordanien oder die Türkei sind überfordert. UNHCR erwartet von Deutschland die Beteiligung am Flüchtlingsaufnahmeprogramm der Vereinten Nationen. Die EU-Kommission strebt ein gemeinsames Aufnahmeprogramm an. Doch die Koalition aus CDU/CSU und FDP handelt nicht.

[Unterstützen Sie unsere E-Mail-Aktion an Bundesinnenminister de Maizière!](#)

Appellieren Sie an ihn, ein Flüchtlingsaufnahmeprogramm in Deutschland einzurichten. Im Rahmen der save me-Kampagne stehen tausende Menschen dahinter, in fast 50 deutschen Städten gibt es entsprechende lokale Initiativen.

Fordern Sie persönlich den Bundesinnenminister zu einer angemessenen Beteiligung Deutschlands an der Flüchtlingsaufnahme auf!

Zur Aktion [Verantwortung übernehmen - Flüchtlinge aufnehmen!](#)

13. Stellenangebot für Sozialpäd./Sozialarb. bei AJUMI

Das Kinder- und Jugendhilfzentrum der Heimstiftung Karlsruhe sucht für die Aufnahmegruppen für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge Fachkräfte.

In den Aufnahmegruppen leben männliche Jugendliche, die in Karlsruhe ihren Asylantrag gestellt haben. Die Jugendlichen kommen aus unterschiedlichen Herkunftsländern (Irak, Afghanistan etc.) und werden ca. 3-4 Monate in diesen Gruppen betreut.

Für die Betreuung, Begleitung und Beratung suchen wir

Dipl. Sozialarbeiter (m/w)
Dipl. Sozialpädagogen (m/w)
Voll- oder Teilzeit

Ihre Aufgaben sind:

- Pädagogische Begleitung und Gestaltung des Tages- und Wochenablaufs der Jugendlichen (Schichtdienst mit Nachtbereitschaft)
- Krisen- und Konfliktintervention
- Kooperation mit externen Institutionen (Jugendamt, Landesaufnahmestelle etc.)
- Entwicklung von Perspektiven in Zusammenarbeit mit dem zuständigen Vormund
- Strukturierte Beratung im Asylverfahren

Wir wünschen uns:

- Soziale und interkulturelle Kompetenz und Fremdsprachenkenntnisse
- Erfahrung mit jugendlichen Migranten und in der Jugendhilfe

Wir bieten Vergütung nach TVöD, sowie alle im öffentlichen Dienst üblichen Sozialleistungen. Die Stellen sind zunächst auf ein Jahr befristet. Eine unbefristete Weiterbeschäftigung ist sehr wahrscheinlich.

Für weitere Auskünfte steht Ihnen der Bereichsleiter Herr Grabenbauer, Tel. 0721/133-5431, zur Verfügung. Ihre Bewerbungsunterlagen richten Sie bitte an:

Heimstiftung Karlsruhe
Kinder- und Jugendhilfezentrum
Sybelstraße 11
76137 Karlsruhe

14. Termine

Plenen des Flüchtlingsrates Baden-Württemberg in Stuttgart, Friedengemeindehaus:

13.03.2010 (siehe Punkt 1)

12.06.2010

23.10.2010

Fortbildungsprogramm des Flüchtlingsrates Baden-Württemberg: Unsere Referentinnen und Referenten kommen mit ihren Vorträgen gerne zu einem vereinbarten Termin zu Ihnen. Auf unserer Website finden Sie eine [Übersicht über die Veranstaltungen](#), die wir anbieten. Darüber hinaus sind wir für die Durchführung weiterer Vorträge/Veranstaltungen offen. Bitte melden Sie sich bei Interesse bei der Geschäftsstelle des Flüchtlingsrates.

Weitere Termine in Baden-Württemberg

05.03.2010, 19.30 Uhr. Volkshochschule **Heidelberg**, Bergheimer Straße 76: Prof. Dr. Dietrich Harth: Für eine Politik der Gastlichkeit in einer ungastlichen Welt. Veranstaltung im Rahmen der lokalen Save Me Kampagne. [Weitere Infos.](#)

18.03.2010, 19.30 Uhr, **Schwäbisch Hall**, Kleiner Theatersaal im Schlachthaus: Heiko Kauffmann: 20 Jahre UN-Kinderrechtskonvention: Kinderrechte in Deutschland für alle Kinder? Auch für Flüchtlingskinder?! [Weitere Infos.](#)

08.05.2010, 14 Uhr, **Karlsruhe**: "Deportation Airpark - Kampagne gegen Abschiebungen". Zentrale Kundgebung gegen Abschiebungen. Im Aufruf des Aktionsbündnisses heißt es dazu: "Vom Deportation-Airpark finden regelmäßig jeden Monat Abschiebeflüge statt. Während sich gleichzeitig Urlauber mit dem "Mallorca-Shuttle" auf den Weg machen oder Urlauber mit dem Billigflieger Ryan-Air nach Bari in Süditalien fliegen, werden Menschen in "ein Leben am Rande der Müllkippe" in den Kosovo abgeschoben (Bernd Mesovic von Pro Asyl). Viele der Abgeschobenen waren zuvor im Abschiebegefängnis in Mannheim eingesperrt worden, weil sie nicht "freiwillig ausreisen" wollten. (&)Wir fordern den Baden-Airpark und die verantwortlichen Fluggesellschaften dazu auf, sich sofort aus dem Geschäft mit den Abschiebungen zurückzuziehen!"

Das Bündnis setzt sich im Aufruf außerdem für einen Abschiebestopp sowie ein humanitäres und dauerhaftes Bleiberecht für Roma aus dem Kosovo ein.

Weitere Infos folgen in Kürze. Im Vorfeld des Aktionstages sind weitere Veranstaltungen und Aktionen geplant. Eine Informationsveranstaltung zum Thema findet am 27. April in Karlsruhe im JUBEZ, Kronenplatz, statt.

Sonstige Termine, bundesweit:

12.-14.04.2010, Ev. Akademie Hofgeismar: Betreuung von Unbegleiteten Minderjährigen Flüchtlingen in Deutschland. 14. Frühjahrstagung Bundesfachverband UMF. Anmeldung und weitere Infos: Bundesfachverband UMF, H. Espenhorst, Tel.: 089 202414-13. [Zum Programm.](#)

03.-05.03.2010, **Berlin**, Kath. Akademie: VI. Jahrestagung Illegalität. Thema: Irreguläre Migration als Herausforderung für Kommunen. Weitere Infos: www.katholische-akademie-berlin.de.

04.-06. Juni 2010: Karawane-Festival in **Jena**: "Vereinigt gegen koloniales Unrecht - In Erinnerung an die Gestorbenen der Festung Europa". [Weitere Infos.](#)

08.03.2010: Weltfrauentag

15.03.2010-28.03.2010: [Internationale Wochen gegen Rassismus.](#)

20.06.2010: Weltflüchtlingstag

26.06.2010: Internationaler Tag zur Unterstützung der Folteropfer

26.09.2010-02.10.2010: [Interkulturelle Woche](#)

01.10.2010: Tag des Flüchtlings

25.11.2010: Internationaler Tag "Nein zu Gewalt an Frauen"